

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

1. zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/4545 –

Deutsche und Europäische Iran-Politik

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Willibald Jacob, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/1827 –

Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran

3. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/4590 –

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer,
Dr. Helmut Lippelt, Gerd Poppe, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 13/1973, 13/3483 –

Iran – Politik der Bundesregierung

A. Problem

Im Einklang mit der Europäischen Union verfolgt die Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Iran seit 1992 eine Politik des „kritischen Dialogs“, der sich von folgenden Prinzipien leiten läßt:

- Die geographische Lage des Iran, seine Größe, sein kultureller Reichtum und seine wirtschaftliche Bedeutung erfordern einen Dialog mit der iranischen Regierung.
- Der Dialog muß die Sorgen über iranisches Verhalten, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte, Terrorismus und Friedensprozeß im Nahen Osten, widerspiegeln.
- Verbesserungen in den europäisch-iranischen Beziehungen hängen von Verbesserungen des iranischen Verhaltens ab.

Im Rahmen des „kritischen Dialogs“ konnten zwar einige positive Ergebnisse erzielt werden, in entscheidenden Fragen sind jedoch die Erfolge bis heute ausgeblieben.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union und in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten ihre Politik der aktiven Einwirkung auf den Iran weiter verfolgen, weil dessen Isolierung das Gegenteil des Angestrebten bewirken und zu einer weiteren Radikalisierung im Iran und zu einer weiteren Destabilisierung der Region führen würde.

Annahme des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/4545 wird angenommen.
2. Der Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/1827 wird abgelehnt.
3. Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/4590 zu der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 13/1973, 13/3483 – wird abgelehnt.

Bonn, den 25. September 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Ruprecht Polenz
Berichterstatter

Dr. Christoph Zöpel
Berichterstatter

Amke Dietert-Scheuer
Berichterstatterin

Ulrich Irmer
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Ruprecht Polenz, Dr. Christoph Zöpel,
Amke Dietert-Scheuer und Ulrich Irmer****I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 104. Sitzung am 9. Mai 1996 den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/4545 – und den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/1827 – an den Auswärtigen Ausschuß federführend und zur Mitberatung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen. Beim Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/4545 – wurde der Ausschuß für Wirtschaft darüber hinaus mitberatend beteiligt.

Der in der gleichen Sitzung an den Auswärtigen Ausschuß überwiesene Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4590 – zu der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 13/1973, 13/3483 – wurde nachträglich in der 110. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Juni 1996 dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusätzlich zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/4545 – und den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/1827 – in seiner Sitzung am 12. Juni 1996 beraten. Der Antrag der Gruppe der PDS wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4590 – wurde in der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 9. Oktober 1996 gegen die antragstellende Fraktion mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 13/4545 in seiner 39. Sitzung am 25. September 1996 beraten. Er empfiehlt mehrheitlich, den Antrag anzunehmen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD gefaßt.

III.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat die beiden Anträge der Koalitionsfraktionen und der Gruppe der PDS sowie den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in seiner 45. Sitzung am 25. September 1996 beraten. Er hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS angenommen. Der Antrag der Gruppe der PDS wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Bonn, den 25. September 1996

Ruprecht Polenz
Berichterstatte

Dr. Christoph Zöpel
Berichterstatte

Amke Dietert-Scheuer
Berichterstatte

Ulrich Irmer
Berichterstatte